

Die Salzburger Verhandlungen.

Nach Mitteilungen von sehr gut unterrichteter Seite
In Salzburg wird fast zwei Monate hindurch verhandelt. Die offiziellen Mitteilungen sind spärlich, aber vielsagend: die Delegierten haben sich über die grundsätzlichen Fragen des künftigen wirtschaftlichen Verhältnisses zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche geeinigt; sie haben den Regierungen formulierte Entwürfe vorgelegt. Inzwischen werden auf den vereinbarten Grundlagen Detailverträge und insbesondere die Zolltarife durchgearbeitet. So geht allmählich aus den lebhaften öffentlichen Erörterungen und zahlreichen Besprechungen der Regierungen ein bedeutungsvolles Werk hervor, dessen Schicksal für unsere wirtschaftliche Zukunft von entscheidender Wichtigkeit sein wird.

In den Friedensverträgen von Breslau und Bukarest ist vom „Zollbündnis“ der Centralmächte die Rede. In den offiziellen Bekanntmachungen findet sich daneben der Ausdruck „Wirtschaftsbündnis“. Schon hieraus kann man schließen, daß es sich nicht nur um Zollfragen handelt. In der Tat könnten die Wünsche und Hoffnungen, von denen die Bewegung bei uns getragen wird, nicht durch Zollbegünstigungen erfüllt werden. Es kommt vielmehr darauf an, daß währungs- und steuerpolitisch in der wirtschaftlichen Gesetzgebung und Verwaltung gemeinsam vorgegangen werde, eine Angleichung der Verhältnisse statfinde und das ganze Wirtschaftsleben der Centralmächte sich gegenseitig durchdringe. Nur so können die Voraussetzungen für ein einheitliches Wirtschaftsgebiet geschaffen werden, in welchem wir die Folgen des Krieges zu überwinden hoffen dürfen. Davon, ob unsere Regierungen und Parlamente den Weg wirtschaftlicher Reformen rasch und energisch beschreiten werden, hängt die Möglichkeit und Wirkung des ganzen Planes ab.

Dabei werden bis zur Schaffung der Voraussetzungen eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes die Zollfragen immer noch eine große Rolle spielen. Den amtlichen Aeußerungen ist zu entnehmen, daß der von einzelnen vertretene Gedanke, den Zollschutz ganz fallen zu lassen, nicht den Gegenstand der Verhandlungen bildet. Bei den gegebenen Verhältnissen wäre dies ja nicht möglich. Offenbar wird auch nicht eine Schablone, wie sie in den Bezeichnungen „Vorzugszölle“ oder „gewöhnliche Vertragszölle“ vorhanden wäre, den Inhalt der Abmachungen bilden, es hat sich vielmehr im Laufe der Verhandlungen ein vielseitiges Bündnis herausgestaltet, in welchem auch Vorzugszölle eine Rolle spielen mögen, ohne deshalb für den Charakter des Ganzen oder auch nur in erster Linie dafür maßgebend zu sein.

Klar tritt schon jetzt die handelspolitische Tendenz den andern Staaten gegenüber hervor. Lloyd George und seine Anhänger verkünden als Kriegsziel den ewigen Weltfrieden und zugleich den Wirtschaftskrieg gegen die Centralmächte, obgleich es doch nur zu klar ist, daß diese Ziele einander ausschließen. Dagegen sind die Regierungen der Centralmächte darin einig, daß sie auch die wirtschaftlichen Beziehungen zu den feindlichen Staaten wiederherstellen und dauernd aufrecht erhalten wollen. Es gibt auch „Mitteleuropäer“, die in ständigen Schützengräben die Aufgabe des Bündnisses sehen. Eine solche Tendenz würde im schroffen Widerspruch mit unserer öffentlichen Meinung stehen. Wie immer sich das Bündnis nach innen gestalten möge, nach außen muß und wird es die Wiederbelebung der Beziehungen zu den neutralen und feindlichen Staaten möglich machen. Wenn es die Lösung dieser Aufgabe nicht gefährdet, sondern fördert, darf es einer günstigen Beurteilung sicher sein.

Eine Rundgebung des Vereines deutscher Eisen- und Stahlindustrieller.

Berlin, 3. September. (Meldung des Wolffschen Bureaus.) Der Verein deutscher

Eisen- und Stahlindustrieller hat sich gestern in seiner unter dem Vorsitz des Reichstagsmitgliedes Justizrates Meyer abgehaltenen Hauptvorstandssitzung mit der Frage der handelspolitischen Annäherung an Oesterreich-Ungarn befaßt und hiezu eine Erklärung angenommen, in der betont wird, daß die Bestrebungen und Maßnahmen der feindlichen Westmächte zur Fortführung des Wirtschaftskrieges nach dem Friedensschluß es als dringend notwendiger erscheinen ließen, daß das Deutsche Reich für seine Wirtschaftsmacht eine Grundlage schaffe, an der die Pläne seiner Feinde scheitern. Vor allem müsse auf die Festigung der treuen Waffenbrüderschaft zwischen dem Deutschen Reich und der Donaumonarchie hingewirkt werden. Hiezu könne auch die handelspolitische Annäherung zwischen den beiden Kaiserreichen sehr beitragen. Die handelspolitische Annäherung an Oesterreich-Ungarn könne aber nur ein Schritt auf dem Wege der Festigung der handelspolitischen Zukunft Deutschlands sein, denn ein „wirtschaftlich geeintes Mitteleuropa“ stelle nur einen Teil der Lösung der deutschen Zukunftsaufgaben dar und gewähre keinen ausreichenden Schutz gegen die angelsächsischen Bestrebungen. Die Sicherung des Rohstoffbezuges und des Absatzes verlange vielmehr eine handelspolitische Annäherung zu einer ganzen Anzahl von kontinental-europäischen Ländern. Die Wiederaufrichtung Europas und die Wahrung seiner gemeinsamen Wirtschaftsinteressen werde die Wiedereröffnung des Weltverkehrs bedeuten.